

1106 /J  
28. Juni 2007

## ANFRAGE

**des Abgeordneten Kurzmann,  
und weiterer Abgeordneter**

**An das Bundesministerium für europäische und internationale  
Angelegenheiten,**

**betreffend den Verkauf von ehemals deutschem Ackerboden in der  
Tschechischen Republik.**

Der tschechische Landwirtschaftsminister Petr Gandalovic will den Verkauf des Ackerbodens, der bisher dem Staat gehört, an tschechische Bauern beschleunigen. Gandalovic zufolge soll den Landwirten ermöglicht werden, den Boden noch bis 2011 zu kaufen, wo die mit der EU vereinbarte Übergangsetappe zu Ende gehen wird. Das sagte der Landwirtschaftsminister in einer vom Tschechischen Fernsehen ausgestrahlten Debatte. Sein Opponent in der Diskussion, Michal Hasek, der im Schattenkabinett der oppositionellen Sozialdemokraten den Landwirtschaftsministerposten bekleidet, bezeichnete das Vorhaben von Gandalovic als eine gute Nachricht.

Dazu erinnert der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihsel, daran, wie der Tschechische Staat zu diesem landwirtschaftlichen Grundbesitz vor nunmehr 62 Jahren gelangte:

In den Dekreten des Präsidenten Nr. 12 und Nr. 28 über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen und Madjaren heißt es u.a. "Um dem Rufe der tschechischen und slowakischen Bauern und Landlosen nach einer konsequenten Verwirklichung einer neuen Bodenreform entgegenzukommen und geleitet vor allem von dem Streben, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen und madjarischen Gutsbesitzer zu nehmen .... Mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos .... es wird vom Nationalen Bodenfond beim Landwirtschaftsministerium verwaltet ..... Boden ist an Personen slawischer Nationalität als Eigentum zuzuteilen ....."

Nach der Machtübernahme der tschechischen Kommunisten im Februar 1948 wurde der gesamte 1945 enteignete und verteilte Boden wieder verstaatlicht!

Dazu meint Zeihsel "das mache es besonders leicht, die Einnahmen durch den Verkauf in einen Fond zur Entschädigung heimatverbliebener und heimatvertriebener Sudetendeutscher zu geben, um im Sinne europäischer Wertemaßstäbe in Richtung Rechtsfrieden zu gehen! Oder will die tschechische Regierung Ihre Staatsbürger weiter in einer Geiselhaf wegen der nicht gerecht geregelten Völkermordfrage halten? Oder die Rettung des geraubten Bodens vor einer Restitution?"

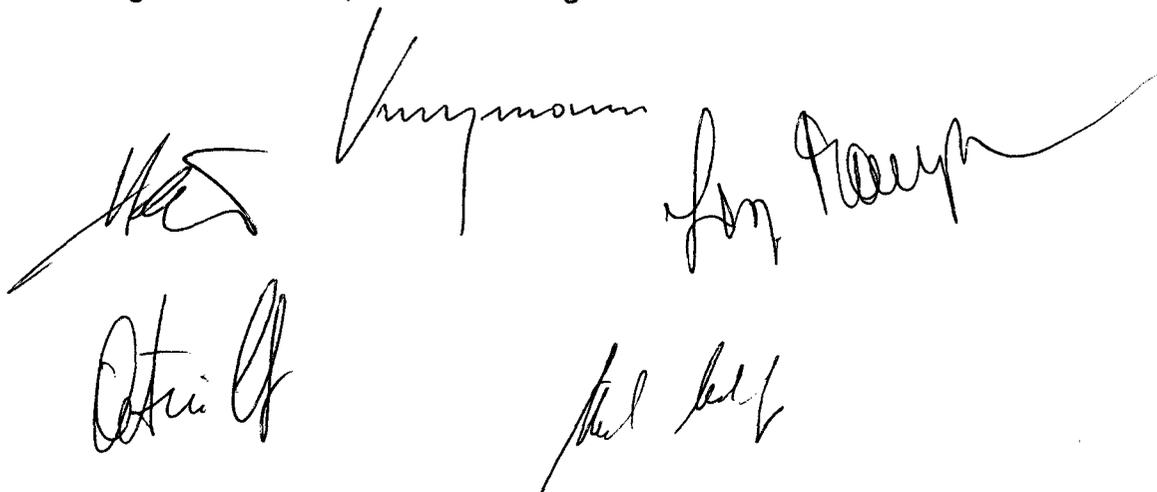
Edvard Beneš hat sich am 14.02.1946 vor einer Abordnung von 9.000 Verwaltern von enteigneten Betrieben gerühmt, er habe schon seit 1920 für die systematische, wirtschaftliche Verdrängung der Deutschen gearbeitet. (Zitat aus 'Svobodny Smer' vom 17.02.1946.)

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten folgende Anfrage:

1. Teilen Sie unsere Meinung, daß hier nicht rechtens vorgegangen wurde und wird?
  - a) Wenn Ja, was haben Sie dagegen unternommen?
  - b) Wenn Nein, warum ist dieses Vorgehen ihrer Ansicht nach akzeptabel?
  
2. Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?
  - a) Wenn Ja, in welcher Art und Weise wird dieses Thema in ihrem Ministerium behandelt?
  - b) Wenn Nein, werden Sie jetzt, nachdem Sie informiert wurde, sich dieses Themas annehmen?
  
3. Wird das Ministerium die Interessen der Heimatvertriebenen vertreten und einen Entschädigungsfonds fordern?
  - b) Wenn Nein, warum nicht?
  
4. Besteht die Aussicht, daß die menschenrechtswidrigen Benes Dekrete, da nun Tschechien Mitglied der EU ist, endlich beseitigt werden?

Wien, am

28. JUNI 2007



The image shows four handwritten signatures in black ink. The signatures are arranged in two rows. The top row contains two signatures, and the bottom row contains two signatures. The signatures are stylized and difficult to read, but they appear to be the names of the members of the Austrian Parliament who submitted the inquiry.